

85 Bussen für Einfuhr von Sexpillen

Die Heilmittelbehörde Swissmedic hat zwischen Februar und April Dutzende Käufer erektionsfördernder Mittel bestraft.

Andreas Schmid

Aus Singapur, Hongkong, Indien, aber auch Polen, Deutschland und Grossbritannien bestellen Käufer in der ganzen Schweiz erektionsfördernde Medikamente. Der Handel übers Internet floriert, obwohl die Einfuhr von nicht zugelassenen Arzneimitteln strafbar ist, wenn die Menge mehr als den monatlichen Eigenbedarf ausmacht.

Meist fängt der Zoll die Pakete auf der Post ab. Seit 2019 arbeitet dieser strafrechtlich stärker mit der Heilmittelbehörde Swissmedic zusammen, die Vergehen nun in einem abgekürzten Verfahren ahnden kann. Zwischen Februar und Ende April 2021 stellte Swissmedic 85 Strafbescheide im Zusammenhang mit dem Import von erektionsfördernden Mitteln aus und verhängte gegen die Käufer Strafen von 800 bis 3000 Franken, wie die von Swissmedic jüngst publizierte Liste der Entscheide zeigt.

Der Zoll habe die illegalen Sendungen 2019 und 2020 beschlagnahmt, sagt Swissmedic-Sprecher Lukas Jaggi. Es handle sich nicht um einen Ring von Händlern, die sich die Medikamente besorgt hatten. In solchen Fällen würden die kantonalen Strafverfolgungsbehörden mit den Fällen beauftragt. «Die Beschlagnahmung war nicht Folge einer gezielten Aktion des Zolls», hält Jaggi fest.

Die sanktionierten Käufer bezogen oft ein Mehrfaches der Mengen an erektionsfördernden Mitteln, die für den monatlichen Eigenbedarf zulässig wären. Dieser liegt bei 200 Milligramm des spezifischen Wirkstoffs. Die Bestellungen beliefen sich teilweise auf über 5000 Milligramm.

Die grosse Zahl der Verwaltungsstrafverfahren zeigt, dass die illegale Einfuhr von Sexpillen ein verbreitetes Problem darstellt, gilt es doch zu berücksichtigen, dass der Zoll nur einen geringen Teil der Lieferungen beschlagnahmen kann.

Gesamthaft deckten Zoll und Swissmedic letztes Jahr über 6700 illegale Arzneimittelimporte auf. Erektionsförderer wurden am häufigsten gefunden, wobei die meisten aus Singapur eingeführt wurden. Viele der verboten gehandelten Präparate seien Fälschungen anderer Medikamente und enthielten schädliche, falsch dosierte oder nicht deklarierte Stoffe, so Swissmedic.



Der Protest gegen den weissrussischen Autokraten Lukaschenko weitet sich auf ganz Europa aus. Im Bild eine Demo in Paris. (28. Mai 2021)

Die Mühe der Schweiz mit den Sanktionen

Der Bundesrat zögert, die Strafmassnahmen der EU gegen Weissrussland und China zu übernehmen. Doch der Druck der Politik steigt

Lukas Häuptli

Das Flugzeug war am vergangenen Sonntag auf dem Weg von Griechenland nach Litauen, als ein Funkspruch aus Weissrussland den Piloten erreichte. Er müsse notlanden, an Bord der Maschine befände sich eine Bombe. Doch nachdem der Pilot den Flieger auf dem Flughafen von Minsk aufgesetzt hatte, stellte sich heraus: Es gab keine Bombe. Vielmehr liess der weissrussische Autokrat Alexander Lukaschenko den Oppositionellen Roman Protasewitsch und dessen Partnerin festnehmen. Sie waren im Flugzeug mitgefliegen.

Dass Lukaschenko später behauptete, die Schweiz habe ihn vor der Bombe gewarnt, demontierte das Eidgenössische Aussendepartement umgehend. Es wäre womöglich nicht nötig gewesen; Lukaschenko hat international längst alle Glaubwürdigkeit verloren. Dringlicher ist eine andere Frage, die sich in den letzten Wochen und Monaten immer öfter stellte: Trägt die Schweiz die internationalen Sanktionen gegen einen Unrechtsstaat mit? Oder steht sie abseits und beruft sich auf ihre Neutralität und ihre Guten Dienste?

Nicht verpflichtet

Ein Tag nach der erzwungenen Landung verschärfte die Europäische Union ihre Massnahmen gegen Lukaschenko: Seither dür-

fen weissrussische Flugzeuge nicht mehr über und in EU-Länder fliegen. Seither gelten verschärfte Wirtschaftssanktionen. Und seither beraten Bundesverwaltung und Bundesrat, ob die Schweiz die Verschärfung übernehmen soll. Ein Sprecher des Staatssekretariats für Wirtschaft stellte klar: «Die Schweiz ist weder rechtlich noch politisch verpflichtet, Sanktionen der EU zu übernehmen.» Der Entscheid des Bundesrats erfolge aufgrund verschiedener aussenpolitischer, aussenwirtschaftspolitischer und rechtlicher Kriterien.

Die Schweiz hat im letzten halben Jahr dreimal EU-Sanktionen gegen Weissrussland mit einiger Verspätung nachvollzogen. Jetzt aber kommt die Forderung, das ein viertes Mal und schnell zu tun, nicht nur von SP und GP, sondern auch aus der politischen Mitte und von rechts. «Die Situation in Weissrussland hat sich seit den letzten Wahlen derart zuge-spitzt, dass die Schweiz jetzt Stellung beziehen und die verschärften Sanktionen der EU mittragen muss», sagt GLP-Nationalrätin Tiana Angelina Moser. Und FDP-Ständerat Andrea Caroni erklärt: «Wir haben hier faktisch eine Flugzeugentführung vor uns, was nahe am Staatsterrorismus liegt. Solche gravierenden Verletzungen des europäischen Luftraums darf die Schweiz nicht akzeptieren. Ich unterstütze daher harte Sanktionen gegen das Regime.»

Einzig die SVP spricht sich praktisch geschlossen gegen Straf-massnahmen aus.

Ähnlich verhält sich der Fall China. Schon am 22. März hatte die EU Sanktionen gegen die Grossmacht verhängt, vor allem wegen der Menschenrechtsverletzungen in Hongkong und Xinjiang. Seither drückt sich der Bundesrat um den Entscheid, diese Massnahmen nachzuvollziehen oder nicht. Hauptgrund für das Zaudern: Die Schweiz will ihre Wirtschaftsbeziehungen mit China nicht aufs Spiel setzen. Seit vor sieben Jahren ein Freihandelsvertrag in Kraft trat, entwickelte sich das Land zum dritt-wichtigsten Handelspartner der Schweiz - wichtig vor allem für die Banken und Versicherungen, für die Pharma-, die Chemie- und die Maschinenindustrie. Vertreter dieser Branchen haben in den letzten Wochen im Parlament und in der Bundesverwaltung mit Nachdruck gegen die Sanktionen lobbyiert, wie mehrere gut unterrichtete Personen erzählen.

Aber auch hier wächst der Druck der Politik. So haben sich neben Sozialdemokraten und Grünen auffallend viele Politiker der Mitte-Partei und der FDP für die Übernahme der EU-Sanktionen ausgesprochen.

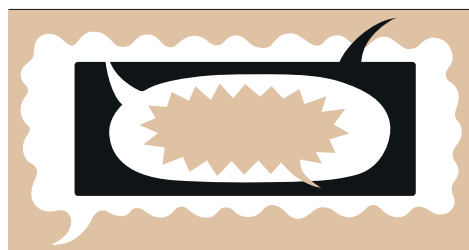
Rolle als Vermittlerin

Häufigeres und offizielleres Argument gegen das Verhängen von Sanktionen ist aber die Neutralität. Diese mache möglich, dass die Schweiz überhaupt ihre Guten Dienste anbieten und in internationalen Konflikten vermitteln könne. «Es ist legitim, dass die Schweiz als neutraler Staat zu Krisen eine gewisse Distanz hält», sagt Oliver Diggelmann, Professor für Völkerrecht an der Universität Zürich. «Und es kann durchaus im internationalen Interesse sein, dass die Rolle der Schweiz als potenzielle Vermittlerin nicht wegen zu grosser Anschmiegsamkeit an die EU oder die USA kompromittiert wird.»

In die gleiche Richtung geht, was Bundespräsident Guy Parmelin zum Gipfeltreffen zwischen Joe Biden und Wladimir Putin sagt, das am 16. Juni in Genf stattfindet: «Dass die zwei sich in Genf treffen, zeigt, dass unsere Neutralität geschätzt wird.» (Siehe Interview auf nächster Seite.) Putin gilt im Übrigen als Vertrauter des weissrussischen Autokraten Lukaschenko.

Einzig bei Sanktionen der Vereinten Nationen stellt sich die Frage des Nachvollzugs nicht. Die Schweiz, Uno-Mitglied seit 2002, muss sie übernehmen. Aufgrund dieser Sanktionen sind in der Schweiz auch zahlreiche Vermögenswerte gesperrt, wie ein Sprecher des Staatssekretariats für Wirtschaft sagt: zum Beispiel 143 Millionen Franken aus dem Irak, 83 Millionen aus Libyen oder 4 Millionen aus Jemen.

Lektion 26: Vom Dinosaurier zum Rahmenvertrag



Showdown
Claudia Mäder

Am 26. Mai haben wir einen historischen Tag erlebt, das sagen alle. Aber keiner weiss, was das konkret bedeutet: Was werden die Geschichtsbücher dereinst über den letzten Mittwoch sagen? Wie wird man den Schulkindern helfen, den Tag in seiner historischen Dimension zu begreifen und ihn in

einen grösseren Kontext einzuordnen? Wir möchten den Lehrmittelproduzenten den folgenden Text vorschlagen:

Manchmal verschwinden Dinge aus der Welt, das haben wir schon auf den ersten Seiten gelernt. Erinnern wir uns an Kapitel 1: Am Ende der Kreidezeit, vor 66 Millionen Jahren, sind die Dinosaurier ausgestorben. Damals ist ein Asteroid auf die Erde gefallen. Das Schicksal der Tiere war besiegelt, heute gibt es nur noch Fussabdrücke von ihnen. Auch in der Geschichte der Menschen sind bedeutsame Schöpfungen immer wieder zu Staub zerfallen: Kapitel 3 hat uns gezeigt, dass der Neandertaler vor 40 000 Jahren einfach keine Zukunft mehr hatte. Er wurde vom Homo sapiens verdrängt. Immerhin können wir heute noch Neandertaler-Funde in Museen bestaunen. Was später der Homo sapiens an Grandiose erschuf, war ebenfalls oft von kurzer Dauer: In Kapitel 9 konnten wir sehen, wie um das 5. Jahrhundert das Römische Reich unterging. Kriege und Kata-

strophen haben die mächtige Kultur kollabieren lassen. Jedoch benutzen wir bis heute viele Wörter ihrer Sprache.

Die Geschichte, die nun Kapitel 26 erzählt, reiht sich einerseits ein in dieses beständige Verschwinden von grossen Wüsten: Im frühen Anthropozän haben die Europäer und einige Schweizer einen Vertrag erschaffen. Aber ab dem 26. Mai 2021 hat dieses Vertragswerk nicht mehr existiert. Andererseits sind im Vergleich zu früheren Verlustvorgängen auch Unterschiede festzustellen. Kein Asteroid ist auf den Vertrag gestürzt, kein Krieg hat ihn vernichtet. Warum er die Welt verlassen hat, ist den Europäern ein Rätsel gewesen. Auch die Schweizer konnten es sich nicht recht erklären. Und leider ist von dem Vertrag auch nichts erhalten geblieben: Den Scherbenhaufen wollte wegen Verletzungsgefahr kein Museum aufbewahren, und kein normaler Sprachbenutzer wusste irgendetwas anzufangen mit dem «institutionellen Rahmenabkommen».

Classe politique

Ignazio Cassis, Dompteur, bedient sich bei indischen Lebensweisheiten. Laut gut informierten Kreisen hat er diese Woche im Kreise von guten Informanten den Spruch zitiert: «Wenn du nur noch Grau vor den Augen hast, schiebe den Elefanten beiseite.» Dies als Erklärung für den Abbruch der Verhandlungen über den Rahmenvertrag. Nicht überliefert ist, was Cassis nun sieht: eine blühende Landschaft – oder all die andern Elefanten der Herde.

Isabelle Chassot, politische Allzweckwaffe, hilft aus. Die Chefin des Bundesamtes für Kultur steigt ins Rennen um den frei werdenden Sitz von Christian Levrat im Ständerat. Sie will



Ignazio Cassis
Isabelle Chassot

ihrer gebeutelten Mitte-Partei helfen, den dort vor zwei Jahren verlorenen Sitz zurückzuholen. Und weil Chassot in Freiburg schon Kantonsrätin und sehr beliebte Staatsrätin war, stehen ihre Chancen gut. So gut, dass man fast sagen könnte: Sie ist wohl die mit Abstand beste Härtefallhilfe, die ihr Kulturamt in diesen Pandemiezeiten bisher lanciert hat.